

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Ämtliches
Publikations-Organ



Ercheint wöchentlich sechsmal. Verkaufspreis für den Monat 75
Gulden. Bei der Post für den Monat 80 Gulden. Einmalige
Anzeigenpreise und Abrechnung: Stolz Präsidentenur 45
Kreuzschreiber 12.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum
20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises
Stolz 10 Goldpfennig, für Stellenaufnahme und Familienanzeigen
50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kleinzeile 50 Goldpfennig.
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Alles Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 265

Montag, den 10. November 1924.

48. Jahrgang

Der Vorhang.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. R. Quaas.

Den Sinn des Wahlkampfes erfährt man nicht, wenn man ihn lediglich als einen Kampf verschiedener Parteien unter sich ansieht. Die Parteien sind parlamentarische Ausdrucksformen, für dahinterstehende Mächte, oft aber auch stehengebliebene Kräfte, hinter denen keine eigene Kraft mehr steckt. Dieses gilt heute von der Demokratie. Heute ist Demokratie und Sozialdemokratie eine Einheit. Die Demokraten im engeren Sinne sind aufgegangen in der Sozialdemokratie. Diese hat das soziale abgestreift und ist eine internationale demokratische Partei geworden, zu der die alten „Demokraten“ nur noch wie ein Burnfortsatz gehören. Diese schwarzrotgoldene Demokratie bildet zusammen mit den Zentrumsleuten um Wirth, die in erster Linie Demokraten und erst in zweiter Linie Christen sind, den parlamentarischen Vorhang für eine langsam, fast unsichtbar entstandene Autokratie.

Eine Herrschaft der Macht ist im Entstehen. Verfassung von Weimar und die nationalen Schlagworte von Ehre und rechter Demokratie haben die Gaswolken geliefert, hinter denen sie sich aufrichten konnten. Es wird stets das Verdienst des Herrn Sebering bleiben, daß er, von starkem Prestigebedürfnis getrieben, aus dieser Reibelwand heraustrat. Er hat mit klaren Worten erklärt, worum es geht. Man will den nationalen Gedanken niederkämpfen und das Revolutionserbe retten. Man will an der Macht bleiben. Wenn es geht, mit verfassungsnahen Mitteln. Jedenfalls aber will man an der Macht bleiben!

Sebering ist offener als Ebert. Er erklärt deutlich, daß er für den Nationalismus den Gummitrippel bereit habe, daß das Banner schwarzrotgold nicht etwa zur Verteidigung des Vaterlandes, sondern zur Bekämpfung des „inneren Feindes“ bestimmt sei. Gellend ertönt wieder der Ruf: „Der Feind steht rechts.“ Der Vorhang ist zerrissen. Hinter den dürftigen parlamentarischen Dekorationen erscheint in brutaler Gestalt der Gedanke der Gewalt und des Verfassungsbruchs.

Ob dieser Kieler Hufarenritt klug war, weiß ich nicht. Er wird dazu dienen, dem Volke die Augen zu öffnen. Noch sind wir weit davon entfernt. Gerade weil dem Volk die Verfassung so weisensfremd ist, interessieren leider die systematischen Verfassungsverletzungen weite Kreise überhaupt nicht. Wissen wir doch gar nicht mehr, was heute noch geltendes Verfassungsrecht ist. Nach Belieben wird die Verfassung durch Gesetze und Verordnungen geändert oder aufgehoben, während die Kulisse der Verfassung bestehen bleibt.

Wichtiger als das alles ist, daß dem neuen demokratischen System, für das man zu sechten behauptet, von keiner Seite solche Gewalt angetan wird, wie von den augenblicklichen Vertretern der schwarzrotgoldenen Republik. In einer parlamentarisch regierten Monarchie würde ein Monarch sofort in eine unumgängliche Situation kommen, wenn er die stärkste Partei grundsätzlich von der Regierung ausschließt. Das ist der Standpunkt des heutigen Reichspräsidenten. Er spricht ihn in der letzten Zeit nicht mehr so scharf aus. Der Notwendigkeit wird er entgegen durch die Gefügigkeit der demokratischen Partei, die diese Schritte gegen die Demokratie bedenkenfrei auf ihre schwachen Schultern läßt. Sie weiß, warum. Zwar eilt sie parlamentarisch von Niederlage zu Niederlage, aber die Zahl der Posten, die der Herr Reichspräsident mit Demokraten besetzt, wächst im umgekehrt proportionalen Verhältnis zu dem Maße politischen Vertrauens, das die Demokratie im Lande genießt. So stellt die Demokratie in unserer Verwaltung eine Art intellektuellen Ersatz für die fehlenden sozialdemokratischen Köpfe dar.

Der nationale Wille wird durch die Sozialdemokratie sabotiert. Wahlen auf Wahlen werden solange ausgeschrieben, bis das Volk des Wählens müde ist und die Scheinheiligkeit der ganzen Verfassungsherrschaft einfließt. Bäumt der Volkswille sich gegen diese Autokratie mit demokratischer Verbrämung auf, so stehen zur Niedertämpfung die Knüppelgarden mit ausländischer Unterstützung bereit.

Ich glaube, daß man an den Berliner Stellen das Gefühl für die Volksträfte verloren hat. Zu weit abgerückt hat die Gunst des Geschickes die Herrschenden von der geistigen und materiellen Not unseres Volkes. Weder Geld noch Knüppel werden den nationalen Gedanken dämpfen. Allen Nationaldenkenden aber sei zugerufen, was es gilt: Kampf.

Die Wahlversprechungen der Regierung.

Eine Kritik des Grafen Westarp.

Berlin, 8. November. In der „Kreuzzeitung“ befaßt sich Graf Westarp mit den letzten Beschlüssen der Reichsregierung, deren wahltechnischen Charakter er richtig erkannt hat. Er schreibt: „Gerade zu rechter Zeit, um auf die Wahlen einzuwirken, bekennt sich die Regierung auf die Notwendigkeit, verschiedenen Kategorien großer Wählermassen noch einige wirtschaftliche Erleichterungen und Verbesserungen in Aussicht zu

stellen. Geht man freilich die halbamtliche Mitteilung im einzelnen durch, so findet man, daß sie zwar Versprechungen enthält, die in Wahlreden und Wahlausrufen üblich sind und manchmal auch wirksam sind, dagegen ist, wenn man konkrete Maßnahmen sucht, wie sie doch eigentlich den Inhalt von Regierungskundgebungen bilden sollten, die Ausbeute nicht überwiegend groß. Was geboten wird, sind entweder lediglich Auswirkungen früherer Vorgänge oder Versprechungen mit recht unbestimmter Art.

Im weiteren erinnert Graf Westarp an Hand der einzelnen Regierungspläne daran, daß alle diese Pläne schon längst hätten Gesetz sein können, wenn es nach den Deutschnationalen gegangen wäre. Was die Beamtengehaltserhöhung betrifft, so dürfen die Beamten nicht vergessen, daß der Reichstag sich durch seine fortwährenden Regierungskrisen unfähig gemacht habe, rechtzeitig die nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen. Auch die in Aussicht gestellte Aufhebung des Artikels 3 der Abbauperordnung hätte längst Gesetz sein können. Schon am 29. August hätten die Deutschnationalen im Reichstag beantragt, daß das Abänderungsgesetz zur Personalabbauperordnung noch am nächsten Tage im Plenum erledigt sein sollte.

Die anderen Parteien dagegen beschloßen die Vertagung des Reichstages. Was die Aufwertungsfrage betrifft, so meint Graf Westarp, daß die Ankündigung der Regierung weit hinter dem Stand der Dinge zurückstehe, der im Reichstag unter ständiger Führung und Anregung der Deutschnationalen Volkspartei erreicht worden sei. Im übrigen hätte weniger und unbestimmter, als was die Regierung jetzt versprochen habe, unmöglich gesagt werden können. Das, was gesagt sei, werde schwerlich genügen, um den notleidenden Kreisen der Bevölkerung, die ihr Vermögen verloren haben, die schwersten Sorgen zu lindern und das Mißtrauen zu beseitigen, das sie nicht mit Unrecht in der Aufwertungsfrage gegen die Regierung hegen. Demgegenüber betont Graf Westarp ausdrücklich, daß die Deutschnationale Volkspartei zähe an dem Ziel festhält, nunmehr sofort nach der Neuwahl eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, die den Grundrissen des Reichs und von Treu und Glauben soweit Rechnung trägt, als es noch irgend möglich ist. Freilich werden sie das nur können, wenn sie stark genug werden, um endlich auch den Eintritt in die Regierung zu erzwingen.

Dort Marx—hie Bismark.

Ein Aufruf an die deutsche Jugend.

Der Reichsführer der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

Gänzlich unmotigterweise hat man nun das deutsche Volk erneut in einen kostspieligen und erbitterten Wahlkampf hineingestürzt. Das System Ebert-Sebering, das dem deutschen Volk und insbesondere der deutschen Jugend die Freiheit vaterländischer Betätigung bewußt entzieht, soll vereitelt werden. Sich hiergegen in heiligem Zorne aufzubäumen und dies mit allen Mitteln am 7. Dezember zu verhindern, ist die Pflicht der deutsch und völkisch eingestellten Jugend. An diese Jugend, soweit sie im wahlfähigen Alter steht, wendet sich in dieser Stunde, die entscheidend sein kann für die Zukunft des jungen Deutschland, die von mir geführte Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei. Wir fordern sie auf, mit uns an der Seite der Deutschnationalen Volkspartei dafür zu kämpfen, daß dem heranwachsenden Geschlecht, auf dem die Hoffnung und die Zukunft Deutschlands ruht, eine nationale, christliche und völkische Erziehung und eine gesunde körperliche Erziehung gewährleistet wird.

Wir fordern sie ferner auf, mit uns an der Seite der Deutschnationalen Volkspartei dafür zu kämpfen, daß in Zukunft diejenigen, die fest und treu zum alten Banner schwarzweißrot stehen, derselben Rechte und derselben Freiheit sich erfreuen, wie die schwarzrotgelben. Wir rufen außerdem die deutsche Jugend dazu auf, mit uns dafür zu streiten, daß endlich die ungeheuerliche Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege, die wie ein Abdruck auf der deutschen Jugend lastet, beseitigt wird und damit die Pfeiler des Schandvertrages von Versailles ins Schwanken kommen. Wir rufen die deutsche Jugend dazu auf, sich dafür einzusetzen, daß nicht mehr amtlich für eine undeutsche Völkerverföhnung, sondern für eine Volksgemeinschaft gewirkt und eingetreten wird.

Dort Marx — Hier Bismarck!

Dort Völkerverföhnung — Hier Volksgemeinschaft!

Unter diesem Zeichen muß das junge Deutschland kämpfen und siegen!

(gez.) H. D. Siebeling,

Reichsführer der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei.

Aus Oberschlesien.

Im Innern des Reiches macht man sich von dem schweren Ringen um die Erhaltung unseres Deutschland gar keine oder nur eine sehr unklare Vorstellung. Die meisten vergessen wohl ganz, daß vor nicht allzu langer Zeit unser obererschlesisches Land der Schauplatz blutigster Aufstände und bis zum Vernichtungshaß aufgepeitschter nationaler Leidenschaften war, da jeder einzelne, der sein Deutschland offen bekannte, um sein nacktes Leben kämpfen mußte, eine Zeit, da Besatzungsstruppen und Polen wie Wölfe hausten, Deutsche quälten, mißhandelten, mordeten, ohne daß sich ihr sonst angeblich so empfindsames Weltgewissen dadurch bedrückt gefühlt hätte. Will man die Verhältnisse hier richtig beurteilen, so muß man sich immer vor Augen halten, daß wir doch erst Ende 1922, nach Abzug der Franzosen, zum freien Entfalten unserer Kräfte kamen. Und auch jetzt können wir nicht in Ruhe dem Ausbau unserer nationalen Arbeit nachgehen, sondern stehen immer wieder vor allem anderen in der Abwehr gegen die gänzliche Verpolung unseres obererschlesischen Heimatlandes. In dem Augenblick, da polnische Flugzeuge über den deutschen Städten Beuthen und Hindenburg Flugblätter abwerfen, die auffordern, den Ausbau der polnischen Kriegsluftschifflotte durch Geldmittel zu unterstützen, in der Zeit, da der polnische Kriegsrat dem Sejm in einem Entwurf über militärische Ausbildung der Jugend anträt, in den Schulen die Turnstunden von militärischen Instruktionen überwachen zu lassen und die durch die Wehrpflicht nicht herangezogene Jugend auch militärisch durchzubilden; zur selben Zeit, da unsere deutschen Brüder der in Ost-Oberschlesien, die nicht optiert haben, in den polnischen Heeresdienst eingezogen werden, da polnische Insurgentenabteilungen offen an der Grenze ihre täglichen Übungen abhalten, wagen es die polnischen Landtagsabgeordneten Graf St. von Sierakowski und Johann Babczowski, dem deutschen Landtage eine Denkschrift zu überreichen, in der sie gegen angeblich deutsche Geheimorganisations Einspruch erheben. Sollten die Herren polnischen Abgeordneten durch allzu lautes Schreien eigene Geheimorganisations verdecken müssen? Sie wissen doch nur zu genau, daß unsere Oppelner Links-Zentrums-Regierung im Verein mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Beck aus dem Industriebezirk alle deutschen vaterländischen Tagungen verbietet. Während die Polen täglich und stündlich ihr Volk militärisch ausbilden, der Polenbund auch im reichsdeutsch geliebten Teile Oberschlesiens ständig neue Ortsgruppen bildet und ganz offen dafür Stimmung macht, West-Oberschlesien auch noch Polen einzuverleiben, mußte sich kürzlich unsere Bismarckjugend vor Gericht verantworten, weil 42 Bismärcker auf dem Gleiwitzer Exerzierplatz turnerische Übungen ausgeführt hatten. Wer schützt die Heimat, wenn nicht eine geistige und körperlich gestählte Jugend? Insurgentenübungen an der Grenze sind anscheinend dem Herrn Polizeipräsidenten Beck weniger beachtens- und vor allen Dingen bekämpfenswert als nationale deutsche Jugendbewegungen. Würden nicht alle deutschen Parteien geschlossen den nationalen Geist pflegen um ein Volkswort gegen polnische Machtgelüste aufzurichten? Wie einsam wir im Kampf gegen das Polentum dastehen, beleuchtet am besten das Organ des Zentrums, die „Oberschlesische Volkstimme“, Nr. 128 vom 8. 5. 24. Sie berichtet selbst, daß am 27. 4. 24 im Kreise Gleiwitz in Bonischowitz Pfarrer Bartin in einer Versammlung äußerte: „Beteiligt euch alle an der so überaus wichtigen Wahlpflicht, auch ihr polnisch gestimmten Wähler gebt eure Stimme dem Zentrum, denn diese Partei steht euch am nächsten!“ Wie nahe das Zentrum den Polen steht, erhellt eine in Hindenburg vom Magistrat einberufene Sitzung vom 2. 4. 24, in der der Vorsitzende der Zentrumspartei äußerte: „Laut Vereinbarung mit den Polen fallen die 3 den Polen zugespochenen Wahlvorsteher ohne weiteres an die Zentrumspartei!“ Versucht die Zentrumspartei als solche also alles, um im Geist von Weimar um die Gunst der Polen zu buhlen, so steht ihr die Oppelner Links-Zentrums-Regierung an Liebedienerei um nichts nach. Minderheitsschule um Minderheitsschule erhebt vor unseren Augen, während die deutschen Schulen durch den letzten Polenputsch oft in geradezu bejammernswertem Zustande sind. Im Kreise Rosenbergs waren beispielsweise deutsche Kinder zwei Jahre ohne Schulunterricht, weil die Schule abgebrannt war. Im Nachbarort hockten sie an den Fensterbrettern, weil die Möbel geraubt waren. Beide Schulen wurden nicht geändert, da die Oppelner Regierung angeblich kein Geld dazu hatte. Müssen deutsche Schulkinder berand vernachlässigt werden, damit den polnischen Minderheiten Schulen eröffnet werden können, die oft ganz leer und kaum die ganze Mühe wegen zu geringer Beteiligung wert sind? Demgegenüber werden aus Ost-Oberschlesien deutsche Lehrkräfte ständig ausgewiesen und den deutschen Eltern durch Schikanen aller Art die Anträge auf Minderheitsschulen beinahe unmöglich gemacht. Wenn die Herren Abgeordneten von Sierakowski und Babczowski in der 359. Sitzung des preussischen Landtags von „Drangulierungen, Schikanierungen, ja Marterqualen der nationalen Minderheiten in Preußen-Deutschland“, wenn sie

von einer „Entnationalisierung“ sprechen, die eine „Kultur-schande“ sei, so dürfte auch hier wieder das allzu schlechte Ge-wissen der Vater des Gedankens sein. Im Gegenteil wurde die Errichtung polnischer Winderheitschulen von der Oppelner Regierung mehrmals unter Zwangsbedrohung gesordert. Aber können wir uns über diese Einstellung wundern, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in Niederschlesien, Kreis Beuthen, bei der Fahnenweihe des Reichsbanners schwarz-rot-gelb, das sich hier anlässlich des Wirth-Besuches als besondere Schutztruppe des Zentrums fühlte, der Leiter ein polnischer Apomann war und der Fahnenträger ein Insurgent. Und dieses Zentrum ist die herrschende Richtung, besetzt alle Regierungsstellen und alle sonstigen wichtigen Aemter. Kann man im Reiche ver- stehen, welchen Kampf wir hier führen müssen gegen den allge- meinen Haß von Polen, Kommunisten und Zentrum? Wir Deutschnationalen sind allein im Kampf, denn die übrigen Par- teien kommen wegen zu geringer Stimmzahl gar nicht in Betracht. Wir stehen hier mit zusammengebißenen Zähnen auf Porzellanstellung und hüten unser deutsches Volkstum und er- leben die großen Wahrheiten des völkischen Gedankens in ihrer ganzen Tiefe. Manches einer blieb im Kampfe liegen. Unser erster Landesgeschäftsführer liegt längst unter der Erde, ein Opfer französischer Bestialität. Manches anderer braver Deutscher folgte ihm. Von Haus und Hof vertriebene Deutsche kommen ständig von Ost-Oberschlesien und leben um Hilfe und Unterkunft, die wir ihnen nicht geben können, da die in Massen über die Grenze kommenden Ostjuden unsere deutschen Woh- nungen beziehen. Kein Bataillon, kein Regiment liegt in unse- ren Grenzstädten, um uns vor einem Poleneinfall zu schützen, aber wir halten aus und weichen keinen Schritt zurück. Wir halten dem Reiche die Treue, aber wir erwarten auch Treue und Anteilnahme an unserem Grenzlandsgeschick aus dem Reiche.

Aus der Wahlbewegung.

Gegen die Gründung einer neuen Partei.

In der kürzlich abgehaltenen Sitzung hat der Hypotheken- gläubiger- und Sparschutzverband im Hinblick auf die kom- menden Reichstagswahlen folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Gründung einer eigenen Partei liegt zurzeit weder im Interesse des Vaterlandes, noch in dem unseres Verban- des. Die Durchführung der Organisation unseres Verbandes wird trotzdem mit allem Nachdruck weiter betrieben werden.
2. Vorstand und Beirat empfehlen den Landesverbänden die Unterstützung folgender Parteien: Deutschnationale Volkspar- tei, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Zentrumspartei, da diese drei Parteien sachlich befriedigende Antworten auf unsere Fragen gegeben haben.

Die Bayerische Volkspartei

hat nun ebenfalls ihren Wahlausruf erlassen. Es heißt darin zunächst, daß für die Weiterführung der deutschen Politik nur noch zwei große Gedanken um die Macht ringen: Befestigung der Revolution in Bayern im Geiste des Sozialismus oder Er- neuerung des Vaterlandes im Sinne des christlichen Staatsge- dankens. Nach Auffstellung der einzelnen Programmpunkte der Partei heißt es am Schlusse: Die Bayerische Volkspartei war in ihrem Wirken allzeit getreu den Grundfassen ihres Grün- dungsprogramms ein Hort des christlichen Staatsgedankens, ein Gegner des Klassenkampfes, ein Verteidiger des sozialen christlichen Gemeinschaftsgefühls, ein Vorkämpfer der Eigen- staatlichkeit Bayerns. Das Ziel der bayerischen Volkspartei sei ein starkes geeinigtes Bayern in einem stark geeinigten, alle Stämme deutscher Zunge umfassenden Reiche. Der Aufruf appelliert an die Wähler, mitzutämpfen zur Wiederaufrich- tung des christlichen Staates und zur Ueberwindung der Revo- lution.

Die Auslegung der Wählerlisten.

Die auf den 15. November bis einschließlich 22. November d. J. festgesetzte Auslegungsfrist der Stimmlisten und Stimm-

parteien für die am 7. Dezember stattfindende Reichstagswahl ist nach einer Verfügung des preussischen Innenministers gleich- zeitig Auslegungsfrist derselben Wählerverzeichnis für die preussischen Landtagswahlen.

Verstärkte Meldungen.

Berlin, Der Landesverband Potsdam 2 der Deutschnatio- nalen Volkspartei hat an die Spitze seines Kreiswahlvorstandes wieder den Grafen Westarp gestellt. An zweiter Stelle steht Fritz Geisler, dann folgen Herr Ohler und Frau Paula Müller-Dorfried.

Braunschweig. Der braunschweigische Landtag hat seine Auflösung zum 6. Dezember beschlossen. Die Neuwahlen fin- den am 7. Dezember statt.

Severings politische Kinder.

Neue Kommunistenprozesse vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 7. November. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatten sich nach zweitägiger Verhandlung der Schriftsteller Walter Dudding in Ahlen und der Kaufmann Leopold Heimberg in Hamm wegen Vorbereitung zum Hochver- rat und Vergehen gegen das Republikstiftungsgesetz zu verantwor- ten. Beide Angeklagten waren in der Unterbezirksleitung Hamm der K. P. D. tätig, und zwar Dudding als Kurierleiter und Heimberg als Nachrichtendienstleiter. Am 23. Oktober wurde im Büro des Unterbezirks Hamm eine Durchsuchung vorgenommen, bei der neben Paketen mit Flugblättern ein strenger Parteibefehl an alle Nachrichtendienstleiter beschlag- nahmt wurde, nach dem Angaben über militärische Verhältnisse und über die Möglichkeiten zur Zersetzung der Reichswehr und der Schupo verlangt wurden.

Auch sollten sie sich um „ausgehobte Stöcke und derglei- chen“ bemühen. Am 24. Oktober wurde eine Betriebsvollver- sammlung aufgehoben, in der kommunistische Funktionäre ver- suchten, im Sinne der K. P. D. tätig zu werden. Einige Tage später wurde in der Wohnung eines Funktionärs eine Durchsuchung vorgenommen, als eine Sitzung der Bezirksgrup- penleitung dort stattfand. Bei dieser Hausdurchsuchung wurde viel belastendes Material gefunden, namentlich auch Antworten auf den erwähnten Parteibefehl, ferner Situationspläne und Ge- sehtsflizen (!). Vorbereitungen zum Kampf gegen die Mil- itär- und Polizeimacht der Republik.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte gegen beide Angeklagten, da sie aus Parteidisziplin und Idealismus (!) gehandelt hätten, eine Gefängnisstrafe von nur 4 Jahren 6 Monaten und 500 Mark Geldstrafe. Die Geldstrafe und 9 Monate der Freiheitsstrafe seien durch die Untersuchungshaft als verbüßt anzusehen. Das Urteil dürfte erst morgen verkün- det werden.

Die 4. Strafkammer des Reichsgerichts verhandelte heute gegen den Arbeiter Fritz Seeger, den Zimmermann Ernst Pri- ger, den Zimmergesellen Richard Böhnte, den Schlosser Gustav Godau und den Schlosser Johannes Rod, sämtlich aus Königs- berg, die der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt waren. Im März d. J. hatte die kommunistische Partei in einem Hause der Hindenburgstraße in Königsberg ein Waffenlager angelegt, und zwar hatte der Angeklagte Rod diese Waffen in einem Dienstkraswagen der Wirtschaftsabteilung der Reichs- bahnverwaltung dorthin geschafft. Dieses Waffenlager wurde in den folgenden Tagen wieder in einzelnen Transporten weg- geschafft. Den letzten dieser Transporte führten einige der An- geklagten am Abend des 14. März auf einem Schlitten aus, während die übrigen bei den Vorbereitungen mit tätig waren. Am Landgraben wurde der Transport von einem Polizeiwacht- meister angehalten. Der Angeklagte Seeger gab bei dieser Gelegenheit auf den Wachtmeister mehrere Revolverkugeln ab. Er gab an, er habe sich nur seiner Verhaftung entziehen nicht aber den Transport sichern oder den Wachtmeister un- schädlich machen wollen; es seien vielmehr nur Schredschüsse

Stadt ausgesucht hätte! Na, nur ruhig, du armer Wurm, er- frieren und verhungern sollst du hier nicht! Morgen können wir ja sehen, was aus dir werden soll. Ein Findelhaus gibt es ja leider nicht in der guten Stadt, aber im Armenhaus wird wohl noch ein Plätzchen für dich übrig sein. Ruhig! Zum Kluck! Herrgott, hat der kleine Balg eine kräftige Stimme! — Mit diesen Worten wickelte der Wundarzt und Chirurg Is- mael Aßhufen den seltsamen Fund, in den „Gottes Wunder- wagen“ ihn in die Arme gelegt, in eine warme Decke und packte ihn in eine Ede der Kutsche, wo das arme Menschenkind je- denfalls trockener und wärmer lag als in dem nassen Straßen- graben.

„Eine Flasche Milch kann ich dir nicht geben, Schreibals, brummte der Doktor, „aber da habe ich noch eine halbe Sem- mel, — damit kannst du dir die Zeit vertreiben, bis wir zu- hause sind. Meine alte Dorette wird wohl noch eine Tasse Milch für dich haben! — Vorwärts, Hans!“ Dieser letzte Aus- ruf galt dem kleinen struppigen Gaul, den dabei ein leichter Reitschub trug, sodas er wie unwillig den Kopf schüttelte, sich aber doch zu einer etwas rascheren Gangart bequeme.

Der „Wurm“ in der Wagenede hatte sein Weinen einge- stellt. Er schien sich in der warmen Decke ganz wohl zu füh- len, lutschte behaglich an der Semmelrinde, nur manchmal kam ein leise schluchzender Laut aus dem kleinen Munde, doch nach kurzer Zeit schlief das Kind tief und fest.

So ist es recht, brummte Ismael Aßhufen, „scheint ein ganz verständig kleiner Kerl zu sein, der sich in die gegebenen Umstände zu schiden weiß. Also, schlaf du nur ruhig, der Schlaf ist immer noch das Beste für dich!“

Nach einer kleinen halben Stunde rasselte das Wägelchen des Wundarztes über das holprige Pflaster der Hauptstraße des Städtchens, die von einigen Gaslaternen und Kaufläden spärlich erhellt war, und auf der nur einige Dienstmädchen und alte Weiber zu sehen waren, bog in eine dunkle Gasse ein, ge- langte auf einen düsteren, von alten spitzgiebligen Häusern um- gebenen Platz, auf dem ein alterzmorscher Brunnen schlällig plätscherte und hielt vor einem alten, grauen, düsteren Hause, das totensittlich dalag, als sei es ausgestorben. Aus einem Sei- tentor, das auf einen dunklen Hof mündete, stürzte ein junger Bursche in kurzer Jacke und kaum bis über die Knie reichen- den Hosen und klappernden Holzpantoffeln heran, um dem Arzt die Zügel abzunehmen.

„Sorge gut für den Hans, Schorfe“, knurrte der Wundarzt, aus dem Wagen kletternd und das Bündel mit dem noch im- mer schlafenden Kind sorglich im Arm haltend.

„Jawohl, Herr Doktor“, entgegnete der Bursche und zog den regennassen, struppigen Hans mit dem Wägelchen auf den Hof, auf dem eine trübbrunnende Stalllaterne im Winde schwankte und fladerte. Ismael Aßhufen trat in das Haus,

gewesen. Der Leiter des Unternehmens war ein gewisser Schwagerus, der nicht ergriffen werden konnte. Bei dem be- schlagnahnten Transport handelt es sich um 14 Karabiner, 4 Maschinengewehre und Munition.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft nahm nur bei Seeger einen besonders schweren Fall an und beantragte gegen ihn inzeigant 7 Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, gegen die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren. Das Urteil lautete gegen Seeger wegen Verbrechen gegen Pa- ragraph 7 Ziffer 4 des Republikstiftungsgesetzes in Tateinheit mit dem Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat, ferner we- gen Vergehens gegen die Verordnung über den Waffenbesitz und wegen Vergehens gegen Paragraph 114 des Strafgeset-zbuches auf 5 Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden wegen Verbrechen gegen Para- graph 7 Ziffer 4 des Republikstiftungsgesetzes in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, und zwar Krüger zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, Böhmke zu 8 Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Godau zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Rod zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geld- strafe. Die Geldstrafen und bei Rod 5 Monate, bei den übrigen Angeklagten 6 Monate der Freiheitsstrafen sind durch die Un- tersuchungshaft verbüßt.

Die Steuerermäßigungen.

Einigung erzielt.

Auf der Konferenz der Finanzminister der Länder ist über die Steuerermäßigungen eine Einigung erzielt worden, und zwar dahingehend:

1. Bei der Einkommensteuer wird der Betrag des steuer- freien Arbeitseinkommens, der bisher monatlich 50 Mark be- trug, auf 60 Mark erhöht. Die kleinsten Steuerbeträge bis zu 80 Pfennig monatlich werden künftig nicht mehr erhoben werden. Bei den kleinen Einkommen wird eine steigende Steu- erentlastung in der Weise vorgenommen, daß künftighin Unver- heiratete bis zu einem Jahreseinkommen von 875 Mark steuer- frei bleiben. Dieses steuerfreie Jahreseinkommen erhöht sich bei Verheirateten ohne Kinder auf 889 Mark, bei solchen mit einem Kinde auf 906 Mark, bei zwei Kindern auf 829 Mark und so fort ansteigend, daß schließlich bei einem Verheirateten mit acht Kindern 2000 Mark steuerfrei bleiben.

2. Die Vorauszahlungen, die die Handel- und Gewerbe- treibenden und die Landwirtschaft auf die Einkommensteuer zu leisten hat, werden ab 1. Dezember um 25 Proz. gesenkt.

3. Die Umsatzsteuer, die am 1. Oktober von 2,5 Prozent auf 2 Prozent ermäßigt worden war, wird mit Wirkung vom 1. Januar auf 1,5 Prozent herabgesetzt. Diese erhöhte Umsatz- steuer, auch Luxusumsatzsteuer genannt, wird von 15 Prozent auf 10 Prozent ermäßigt. Diese Steuer trifft vor allem Luxu- ritätswaren, und es handelt sich bei der Ermäßigung darum, die Ausfuhr von Waren zu erleichtern, in denen ein großer Teil deutscher qualifizierter Arbeit steckt.

Die Aufwertungsfrage.

Stellungnahme des Reichskabinetts.

Zu dieser so sehr wichtigen Frage hat das Reichskabinetts- nummehr Stellung genommen. Es hat nämlich dem Hypo- thekengläubiger- und Sparschutzverband für das Deutsche Reich (Sparerverband), wie jetzt dieser Verband mitteilt, fol- gende Stellungnahme zu seinen Aufwertungsforderungen übermittelt:

„1. Für das Reichskabinetts ist durch die Annahme des Londoner Paktes und durch die Unterbringung der Anleihe eine vollkommen neue Situation geschaffen, durch die die wirt- schaftliche Lage des Reiches und der Länder maßgebend be- einflußt wird.

„Wieder eine solche alte Scharte!“ murmelte die Frau.
„Nein“, lachte Aßhufen spöttisch auf, „diesmal ganz etwas Junges.“ — — —
„Mein Gott, — gar ein Kind?“ — — —
„Ja, — ein Kind, Dorette!“
„Woher kommt denn das?“
„Auf der Landstraße habe ichs gefunden!“ — — —
„Aber — das ist doch ganz verrückt!“
„Durchaus nicht! Ich hielt das quärende Ding zuerst für einen Hasen, den die Krähen bei den Löfeln hätten. Aber bald erkannte ich meinen Irrtum. Und nun lege den armen Findling in ein warmes Bett und sieh zu, daß er etwas War- mes in den Magen bekommt, — alles andere wird sich später finden!“
„Du lieber Himmel — ein kleines Bübchen!“ — — —
„So?“ — ein Junge also? Na, hoffentlich übersteht er die Nacht gut. Also, nimm dich des unglücklichen Kindes an, Dorette, dann richte mir ein Abendessen!“
„Jawohl, sogleich!“
„Auf Wiedersehen denn, und gute Verriehung, altes Mäd- chen. Hättest dir wohl nicht träumen lassen, daß du auf deine alten Tage noch Mutterpflichten auf dich nehmen müßtest?“ —
Er lachte auf, und es klang wie das Knarren einer alten schlecht geölten Tür. Dann verschwand er seittwärts in seinem Zimmer.

Dorette wiegte das wieder laut schreiende Kind auf ihren Armen hin und her, ziemlich unbeholfen, denn das alte Mäd- chen hatte niemals Gelegenheit gehabt, die in ihm schlummernden mütterlichen Talente zu entfalten.

„Na, na, schrei nur nicht so, es geschieht dir doch nichts!“ suchte sie den Kleinen zu beruhigen. „Das ist wieder mal eine Geschichte, um die Hände über den Kopf zusammenzuschla- gen! Himmel, was sang ich nur mit dem Kinde an? Muß mir der Mensch, der Ismael, auch noch dieses auf den Buckel laden, als ob unferneis nicht schon genug Lasten zu tragen hätte! Na, für heute ist ja nun nichts weiter mehr zu machen, aber morgen kommt mir die Krabbe aus dem Haus! — Du lieber Himmel, das behalte mir gerade noch!“

Damit verschwand sie mit dem schreienden Kind im Hinter- grund des düsteren Gemälses.

(Fortsetzung folgt.)

Empor!

Original-Roman von O. Elster.

(Nachdruck verboten.)

I.

Es hat einmal ein berühmter Dichter, der es jedenfalls besser wissen mußte, als der Erzähler der vorliegenden wahren Lebensgeschichte, von „Gottes Wunderwagen“ berichtet, wie er eine liebliche Menschenblume an der Schwelle des Pfarrhauses eines einsamen Weiserbüschens abtand, um dem Kinde zu glücklichem Blühen und Gedeihen zu verhelfen.

So mag es denn auch wohl „Gottes Wunderwagen“ gewe- sen sein, der den Helden der folgenden Geschichte an einem regnerischen, nebel- und dunstgefüllten Novemberabend an der schlammigen Landstraße der Lüneburger Heide abtand, damit ihn der Wundarzt und Chirurg Ismael Aßhufen aufsuchen sollte. Der struppige kleine Gaul vor der wackeligen Drosch- kenlutsche stand gerade einen Augenblick still, um sich gegen den Wind zu stemmen und Atem zu holen, als ein merkwürdiger Ton an das Ohr des Wundarztes drang.

„Das klingt ja gerade, wie wenn ein paar dieser verfluchten räuberischen Krähen einen Hasen bei den Löfeln gefaßt hätten, um ihn die Augen auszuhaben“, brummte der im Wägelchen lauende Wundarzt. „Wollen mal nachsehen, was los ist, und ob wir die armselige Kreatur nicht von ihren Quälgeistern be- freien können.“

Damit schlang er die Zügel seines über die Unterbrechung der Fahrt durchaus nicht unzufriedenen Pferdchens um die ängstlich im Winde flackernde Wagenlaterne, wickelte sich selbst aus dem Mantel und den sonstigen Umhüllungen, kletterte aus dem wackeligen Gefährt und stapfte durch den Schmutz der Landstraße nach dem nahen Gebüsch, aus dem das klägliche Geschrei erscholl, das nunmehr in ein leises Wimmern und Winseln überging.

„Ja, was ist denn hier los?“ schrie der Wundarzt überrascht auf, „das ist ja das Wimmern eines Kindes! — Wie kommt denn das kleine Wesen in dieser stürmischen Novembernacht an die Landstraße?“

In der Tat, — das Winseln und Wimmern rührte von einem etwa einjährigen Kinde her, das, in elende Lumpen ge- hüllt, unter dem vom Regen triefenden und vom Winde ge- schüttelten Busche in dem weichen nassen Grase des Straßengra- bens lag.

„Verflucht!“ knurrte Ismael Aßhufen, das unglückliche We- sen aufhebend, „da gehört denn doch ein gehörig Teil Verzei- lung oder Grausamkeit dazu, ein solches armes hilfloses Men- schenkind in Wind und Wetter auf die Landstraße zu werfen! Wenn man sich noch wenigstens eine belebte Straßenecke in der

2. Das Reichskabinett ist daher entschlossen, über die Vor- schläge des Herrn Reichsfinanzministers im Aufwertungsan- schusse des Reichstags hinauszugehen.

3. Entwürfe des Arbeitsministeriums und des Reichsfi- nanzministeriums sind in Vorbereitung und werden dem Ka- binett demnächst vorgelegt, über die der neue Reichstag zu be- schlüssen haben wird.

Auf die in Vorbereitung befindlichen Entwürfe, die hoffen- lich bald der Öffentlichkeit zur Stellungnahme unterbreitet werden, kann man mit Recht gespannt sein, da sie für unser ganzes Wirtschaftsleben in ihren Auswirkungen bestimmend sein können.

Ernstige Lage der Reichsbahn A.-G.

Berlin, 8. November. In den letzten Tagen hat die Er- regung unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichsbahn, wie übereinstimmend von den Gewerkschaftsvertre- tern aller Richtungen bekundet wird, so stark zugenommen, daß man diesmal allen Ernstes mit Aktionen, besonders der Arbei- ter, zu rechnen haben dürfte. Es kommt noch hinzu, daß die aus Oesterreich eintreffenden Meldungen nicht gerade beruhig- end auf das Personal wirken.

Wie der Deutsche Eisenbahnerverband erklärt, ist mit Teil- nahmen seiner Mitglieder zu rechnen, da die letzte Lohnrege- lung die Arbeiterschaft nach keiner Richtung hin befriedigt habe. Der Hauptvorstand in Berlin hat seine Vertreter aus dem Reich zum kommenden Montag nach Berlin einberufen, um hier zu der gefährdeten Lage Stellung zu nehmen. Auch die christlichen Eisenbahnergewerkschaften sind der Ansicht, daß ein Ausstand sich kaum noch vermeiden lassen wird, wenn nicht in letzter Stunde die Direktion der Reichsbahngesellschaft ihre bisherige Haltung in der Besoldungsfrage zu ändern bereit ist. In Elberfeld seien die Bezirksvertrauensmänner bereits zusammengetreten, um Beschlüsse zu fassen, und aus Ham- burg und anderen Bezirken liegen Telegramme vor, in denen die Unterorganisationen die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels fordern. Die Gewerkschaften haben unter- einander Fühlung genommen, werden sich zunächst jedoch nicht an die Reichsbahngesellschaft wenden, da sie, wie sie erklären, den Verwaltungsrat auf die drohende Gefahr bei der letzten Verhandlung bereits in nicht mißzuverstehender Weise aufmerk- sam gemacht haben.

Eisenbahnstreik in Oesterreich.

Rücktritt des Kabinetts Seipel.
Die von den österreichischen Eisenbahnern schon seit einiger Zeit geführten Lohnverhandlungen sind ergebnislos verlaufen und die Eisenbahner sind daraufhin in den Streik getreten. Ähnlich nimmt die österreichische Regierung zu dieser Angele- genheit wie folgt Stellung:

Die Verhandlungen zwischen der Bundesbahndirektion und den Organisationsvertretern wurden am Freitag bis 10,30 nachts weitergeführt, da auch ein neuer innerhalb des Rah- mens der bisherigen finanziellen Zugeständnisse gemachter Vor- schlag des Präsidenten Dr. Günther abgelehnt wurde, scheiter- ten die Verhandlungen endgültig. Infolgedessen überreichte Präsident Dr. Günther dem Bundeskanzler sein Rücktrittsgesuch. Die Regierung trat nochmals zu einem Ministerrat zu- sammen und unterbreitete dem Bundespräsidenten ihre Demis- sion. Sie führt einstweilen die Geschäfte weiter.

Der Rücktritt Seipels ist in erster Linie dadurch bedingt worden, daß der Bundeskanzler der Ansicht ist, daß das Staats- budget eine so starke Mehrbelastung, wie sie sich aus den For- derungen der Eisenbahner ergeben würde, nicht zu tragen in der Lage sein würde. In Wien hat die Nachricht von der De- mission der Regierung Seipel große Bestürzung hervorgerufen.

Zusammentritt des Nationalrates.
Am Sonnabend früh erschien der Bundeskanzler Seipel im Parlament und ersuchte den Präsidenten Niklas, den Na- tionalrat sofort einzuberufen. Darauf empfing Dr. Seipel die Parteiführer, denen er die Gründe der Demission auseinander- setzte, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß das Sa- nierungswerk gefährdet sei, wenn der Gesundungsprozess der Bundesbahnen eine Unterbrechung erfahren würde. Der Na- tionalrat wird in den nächsten Tagen schon zusammentreten. Dr. Seipel wird dann noch einmal ausführlich die Gründe der Demission auseinandersetzen. Hieran soll sich eine große poli- tische Debatte knüpfen, in der die Führer der drei großen Par- teien ihren Standpunkt zu der Demission der Regierung, dem Rücktritt des Präsidenten der Bundesbahnen, Günther, und zu der Streiklage überhaupt darstellen werden. Es wird er- wartet, daß die Streikleitung Züge einlegen wird, um den Ab- geordneten Gelegenheit zu geben, rechtzeitig zu der Sitzung des Nationalrates in Wien zu erscheinen.

Güterverkehr nach Oesterreich.
Infolge des Eisenbahnstreiks in Oesterreich ist, wie von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, für den Frachtgutverkehr nach Oesterreich eine Annahmeperrre auf den deutschen Güter- bahnhöfen erfolgt. Auch die bisher verfrachteten Güter müs- sen während der Streikdauer zurückgehalten werden. Der Per- sonenverkehr über Oesterreich nach Italien soll durch Umleitung über die Schweiz aufrechterhalten werden.

Deutsches Reich.

Anzugsfriedenheit in der Beamtenenschaft. Der A. D. B. teilt mit: Die Erregung in Beamtenkreisen über die in ungeeig- neter Form erfolgte Ablehnung der Gehaltsforderungen der Beamten durch das Reichsfinanzministerium ist überall, beson- ders in den unteren und mittleren Beamtengruppen, unver- leugbar. Der Beschluß des Reichskabinetts, der eine Gehalts- aufbesserung in Aussicht stellt, wird lediglich als Wahlverspre- chen, das nachher doch nicht gehalten wird, angesehen. Der Streikbeschuß der österreichischen Eisenbahnbeamten hat auf die gesamte Beamtenenschaft elektrisierend gewirkt. Der allge- meine Deutsche Beamtensbund, Ortsgruppe Berlin, hat deshalb zu einer großen Kundgebung in den Sophienjalen am Montag abend aufgerufen.

Vom Deutschen Bauernbund. Der erweiterte Ausschuß des Deutschen Bauernbundes billigte in seiner letzten Sitzung in eingehender Aussprache den Austritt der Mehrzahl der Präsidialmitglieder aus der Deutschen Demokratischen Partei. Abfindung der Versorgungsämter. Das Reichsar- beitsministerium hat kürzlich einen Erlaß für diejenigen Ver- sorgungsämter herausgegeben, die eine Gelöbfindung für die Nichtbenutzung des Versorgungsanspruchs auch dann erhalten können, wenn sie bei keiner Behörde vorgemerkt waren. Wie

der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hierzu mittelst, gilt die Bevorzugung der nachträglichen Abfindung nur für diejenigen, die den Schein erst nach dem 31. März 1923 erhalten haben. Ausnahmsweise kann in eine sachliche Prüfung der nach dem 31. August 1924 gestellten Anträge auf Gewährung der Abfin- dung im Betrage von 2000 Mark noch eingetreten werden, wenn der Antragsteller nachweist, daß er von der Verlängerung der Annahmefrist und der Erhöhung der Abfindungssumme zu spät Kenntnis erhalten hat, um den Antrag noch bis zum 31. August stellen zu können. Vor dem Erlaß dieser neuen Be- stimmung bereits abgelehnte Anträge, die nunmehr erfüllt werden können, werden nur auf erneuten Antrag wieder auf- genommen.

Neue Mittel für neue Mäde. Das Preussische Staatsmi- nisterium nahm, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mit- teilt, in seiner letzten Sitzung einen Bericht des Landwirt- schaftsministers über eine gemeinsam mit dem Ministerpräsi- denten unternommene Besichtigungsreise in das nordwestdeut- sche Moor- und Siedlungsgebiet entgegen. Es wurde betont, daß die Entwicklung der staatlichen Moor- und Oedland- kulturen in denen dauernd in bedeutendem Umfange wertvol- les Grün- und Ackerland neu für unsere Volkswirtschaft und Siedlung erschlossen werde, über alle Erwartungen gut sei. Das Staatsministerium nahm davon Kenntnis, daß das Landwirtschaftsministerium mit dem Finanzministerium über die schleunige Ausbringung von weiteren Mitteln beraten werde, um bis zum nächsten Frühjahr weitere neue Moorkul- tivierungsbetriebe zur abermaligen Ausdehnung der erfolgrei- chen staatlichen Arbeit auf diesem Gebiet anzusetzen.

Vermischtes.

Eine Familientragödie. Ein in Hamburg wohnender Arbeiter hatte für die Zeit, während der seine Frau im Krankenhaus lag, seine Schwägerin zur Hilfe bei sich. Als er von der Arbeit zurückkam, waren das junge Mädchen und die drei Kinder des Arbeiters verschwunden. Auf einem Zeitel hatte das Mädchen mitgeteilt, daß ihr ein Selbstmord- versuch mit Gas mißlungen wäre und man sollte an der Elb- brücke nachforschen. Dort wurde dann auch ein leerer Kind- erwagen gefunden und festgestellt, daß sich das junge Mäd- chen dort mit den drei Kindern im Alter von ein bis vier Jahren hinabgestürzt hatte. Die Gründe zu der Tat liegen noch völlig im Dunkeln.

Ein schauriger Vorfall hat sich in Drancy zutragen. Eine Frau, die zu einer Nachbarin ging, ließ ihren sechs- jährigen Knaben allein zu Haus. Da im Hause ein äußerst bis- siger Schäferhund gehalten wurde, warnte sie den Jungen vor- her, nicht mit dem Tier zu spielen. Kaum war sie aus dem Hause, als das Kind zu dem Tiere ging. Der Hund sprang dem Kinde sofort an die Kehle und zerfleischte es. Als die Nachbarin auf das Hilfesgeschrei herbeikam, war der Körper des Kindes von dem wütenden Tiere buchstäblich in Stücke gerissen.

Stadt. Kreis. Provinz.

Verfassungsrecht. Vor einigen Tagen ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß die Beschränkungen des Versam- lungsrrechtes aufgehoben seien. Diese Nachricht ist nicht vor- behaltlos zutreffend, sondern bezieht sich nur auf die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung über Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. In kraft bleibt das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Umzügen für Preußen. Ausnahmen können vom Regie- rungspräsidenten genehmigt werden. Anträge sind rechtzeitig, das heißt, mindestens 3 Wochen vorher, bei der Ortspolizei- behörde anzubringen.

Mit dem Abdruck eines neuen Romans beginnen wir in der heutigen Ausgabe. Wir haben diese Erzählung mit be- sonderer Sorgfalt ausgewählt und sind überzeugt, daß sie den ungeteilten Beifall unserer verehrten Leserinnen und Leser finden wird.

Fischfangergebnisse. Im September wurden in der Nord- see 17594 851 Kg. Fische im Werte von 5761954 Mark, in der Ostsee 4633854 Kg. im Werte von 1058858 Mark gefangen.

Aus dem Theaterbüro. Auf den heute, Montag, statt- findenden großartigen Vortrag mit 100 Kollossalgemälden von Joachim Bellachini-Berlin sei nochmals ganz besonders hinge- wiesen. Ebenso auf die morgen stattfindende Uraufführung des Herrn Major von Nathenow gewidmeten vaterländischen Festspiels „Friedericus am Altar“ von dem Stolper Bürger Rudolf Stach als Verfasser. Historisch treue Kostümausstat- tung ist eigens zu diesem Stück angefertigt. Das ganze Or- chester der ehem. Militärkapelle ist ausbezogen, so daß ein schö- ner Abend zu erwarten ist.

Pasewalk. Weil sie nicht nach Hamburg durfte! — War da ein Dienstmädchen bei einem hiesigen Kaufmann in Stellung und wollte plötzlich ihren Dienst aufgebend, mal nach Hamburg fahren. Aber der Dienherr sagte: „Nein!“ Er drohte sogar, sie der Fürsorgeanstalt zurückzugeben, von wo sie gekommen war. In ihrer Enttäuschung trank die Unbesonnene Salzsäure, um aus dem Leben zu scheiden. Zum Glück hatte sie sich nicht lebensgefährlich verletzt.

Letzte Meldungen.

Der Vorfall in Ingolstadt.
Ingolstadt, 8. November. In der „Ingolstädter Zei- tung“ erläßt der Stadtrat von Ingolstadt eine Bekanntma- chung an die Bevölkerung, in der er darauf hinweist, daß jede Störung oder Belästigung der Entente-Kontrollkommission die schwersten Folgen nach sich ziehen und der Entente einen willkommenen Anlaß biete, die Kontrolle des Deutschen Rei- ches zu verlängern. Wer also Kontrollkommissionen belästigt, schädigt die Heimat und nutzt den Feind. Es möge daher jeder bei Kontrollbesuchen größte Zurückhaltung bewahren und sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen.

Das Bedauern der Reichsregierung.
Berlin, 9. November. Die Reichsregierung hat wegen des Zwischenfalls in Ingolstadt dem Vorsitzenden der Inter- alliierten Militärkontrollkommission ihr Bedauern und ihre Entschuldigung mündlich zum Ausdruck bringen lassen.

Für die Opfer der Ueberschwemmungen.
Berlin, 9. Oktober. Die Reichsregierung hat beschlos- sen, sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung zu we- nden, um die private Opferwilligkeit für die durch die Ueberschwem- mungskatastrophe Geschädigten anzurufen. Der Reichspräsident

wird die Sammlungskasse mit 200 000 M. aus dem Dispo- sitionsfonds eröffnen.

Zum Fall Nathusius.
Paris, 9. November. Die Vertreter der deutschen Presse sind auf die deutsche Botschaft berufen worden, um Ausklärun- gen zu hören, die der aus Lille zurückgekehrte Herr v. Mintelen über die Angelegenheit des Generals von Nathusius zu geben hatte. Der feinerzeitige Oberst von Nathusius war im Sep- tember 1914 als Kommandeur der Munitions- und Traino- lonne der 4. Armee in Roubaix im Hause eines reichen Pri- vatmannes untergebracht. Dieser oder jemand von seinem Hauspersonal scheint gegen den Obersten später Beschuldigun- gen erhoben zu haben, daß dieser Möbel, Kleider und Pelze entwendet habe. Der Prozeß scheint in Lille tatsächlich durch- geführt worden zu sein, und zwar ohne Entlastungszeugen und ohne Verteidigung. Das Urteil wurde jedenfalls in Lille und Roubaix auf den Amtstafeln veröffentlicht, wurde in Deutschland aber nicht bekannt.

Handelsnachrichten.

Mittagsbörse (Amtlich.) Getreide und Oelarten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 209-217, Mecklenb. —, Roggen Märk. 209-217, Mecklenb. —, Sommergerste 220-250, Futtergerste 195-207, Hafer Märk. 169-176, Romm. 160-167.
Weizenmehl 29,50-32,50, Roggenmehl 29,00-32,50, Weizenkleie 11,80-12,00, Roggenkleie 11,80-12,00, Raps 390-400, Leinöl 390-400, Vitoriaerbsen 32-35, Kleine Speiseerbsen 22-25, Futtererbsen 19-21,00, Belusischen 16,00-16,50, Ackerbohnen 21-21,50, Wicken 17-20, Lupinen, blaue 14-14,50, gelbe 15-18, Ceradella alte 14-15, neue 19,50-22, Rapskuchen 15-16,20, Weizenkuchen 24-25, Trocken- schmelze 9,9,40, No wertige Zuckerschmelze —, Zor melasse 130-70, 8,00 Kartoffelfoder: 18,25-18,75 M.

Stettiner Getreidebörse vom 8. November. Roggen inf. 214, Weizen inf. 218, Hafer 170, Gerste inf. 230-250, Fut- tergerste 210, Tendenz fest. — Vitoriaerbsen 18-20, Roder- sen 13-14, Rapskuchen, hiesiger 8,75, dto. fremder 8, Roggen- kleie inf. Sad 6, Weizenkleie inf. Sad 6,75-7.

Berliner Butternotierung.
Berlin, 8. November. 1. Qualität 1,90, 2. Qualität 1,67, abfallend 1,32 Goldmark.
Tendenz: ruhig.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 8. November 1924.
Amtlicher Bericht.
Auftrieb: Rinder 2196 Stück, darunter 443 Bullen, 708 Kühen, 1015 Kälber und Färsen; Rälber 1647 Stück; Schafe 6834 Stück, Schweine 8977 Stück; Ziegen 10 Stück; — Ferkel: 783 Auslandschweine.

	Preise Goldpsfg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., 11. Stallmaß höchst. Schlachtw. ungej. 12. Weidem.	44-48
b) dto. im Alter von 4-7 Jahren	40-42
c) junge, fleischig nicht ausgemästete und ältere ausgemästete mächtig genährte junge, gut genährte ältere	36-38 30-31
B. Bullen	
a) vollfleischige, ausgemäst. höch- sten Schlachtwerts	44-45
b) vollfleischige jüngere	40-42
c) mächtig genährte jüngere und gut genährte ältere	34-37
C. Färsen und Kälber	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färsen höchsten Schlachtwerts	44-48
b) vollfleischige ausgemästete Kälber höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	38-42
c) ältere ausgemästete Kälber und wenig gut entwickelte jüngere Kälber und Färsen	30-34
d) mächtig genährte Kälber u. Färsen	25-28
e) gering genährte Kälber u. Färsen	20-23
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	30-35
II. Kälber:	
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinsten Mastkälber	85-95
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	70-80
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	50-65
e) geringe Saugkälber	35-45
III. Schafe:	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Mast- hammel	40-46
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	30-37
c) mächtig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	22-25
B. Weidenschafe:	
a) Mastlämmer	45-48
b) geringere Lämmer und Schafe	30-40
IV. Schweine:	
a) Fettschweine über 3 Zentner Le- bendgewicht	79-80
b) vollfleischige Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht	77-78
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	74-76
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	70-73
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	65-68
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	60-63
g) Sauen	65-70
Ziegen	15-20

Marktverlauf. Bei Rindern ruhig, Goldsteiner über Poliz. Bei Kälbern und Schafen ruhig. Bei Schweinen langsam.

Amtlicher Bericht vom Magerviehhof Friedrichsfelde am 7. November.
Langsames Geschäft, gute Kühe gesucht. Es wurden be- zahlt: Milch- und hochtragende Kühe: 1. Klasse gestrichen, 2. Klasse 250-360, 3. Klasse 200-250. Tragende Färsen 1. Klasse 250-430, 2. Klasse 160-250, Zugochsen a, b, c 40-47, Jung- vieh zur Mast, Bullen, Stiere und Färsen 32-35; Pferde: 1. Klasse 1100-1500, 2. Klasse 800-1100, 3. Klasse 500-800, 4. Klasse 300-500. Tendenz: Langsames Geschäft bei händigen Preisen.

